

Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Gartenstadt	16.02.2024	öffentlich

Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Solarpark auf dem Metro-Gelände

Vorlage Nr.: 20247560

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wurde seitens der Verwaltung weiterverfolgt. Derzeit untersuchen die TWL das ehemalige Metrogelände hinsichtlich seiner Eignung für die Installation einer Photovoltaikanlage.

Dazu TWL: *„TWL ist aktuell an der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeitsuntersuchung für die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage auf dem ehemaligen Metrogelände. Hierfür wurde unter anderem Anfang Februar das Gelände neu vermessen, was für das zu erstellende Blendgutachten erforderlich ist. Mit dem Blendgutachten soll geklärt werden, ob eine optimale Ausrichtung der PV-Anlage möglich sei, ohne eine Beeinträchtigung der Anwohner und Verkehrsteilnehmer durch Reflexionen zu verursachen. Neben dem Blendgutachten wird zudem noch ein Bodengutachten erstellt, um Aussagen zur Fundamentstatik zu erhalten, was für das angedachte Konzept für die Aufständigung der PV-Module relevant ist. Darüber hinaus finden mit der Stadt Ludwigshafen noch Abstimmungen hinsichtlich des Naturschutzes statt.*

In Bezug auf die wirtschaftliche Machbarkeitsuntersuchung werden derzeit verschiedene Vermarktungsmodelle betrachtet, da eine reine Volleinspeisung ins öffentliche Stromnetz nicht wirtschaftlich abbildbar ist. Parallel dazu werden Fragestellungen hinsichtlich einer möglichen Finanzierung geklärt. Sobald alle erforderlichen Aspekte betrachtet und bearbeitet wurden, kann TWL eine Aussage über eine mögliche Errichtung abgeben.“

Eine Änderung im Flächennutzungsplan wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Zunächst muss die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Projektes geklärt und ein Vorhabenträger bekannt sein, der sämtliche Kosten für Planung und Umsetzung übernimmt.

Der Flächennutzungsplan '99 steht einer Nutzung der Fläche für eine Photovoltaikanlage nicht grundsätzlich entgegen. Die Frage des Baurechts kann abschließend aber nur anhand der konkreten Projektidee eines Investors geklärt werden. Falls dann tatsächlich erforderlich,

kann Baurecht per Bebauungsplan geschaffen werden, der Flächennutzungsplan würde im Parallelverfahren geändert.

Das 4,5 Hektar große Gelände der ehemaligen Sand- und Kiesgrube an der Maudacher Straße wurde in den 1950er- und 60er Jahren als Deponiestandort zur Ablagerung von Abfällen der chemischen Industrie genutzt. Zwischen 2013 – 2015 wurde das Gelände mit einer Oberflächenabdichtung saniert und naturnah mit einer Blumenwiesenmischung begrünt. Das Grün wirkt sich günstig auf das Mikroklima aus. Zusätzlich dient die Wiese als Erosionsschutz. Im Herbst 2015 wurden zusätzlich Sträucher und Gehölze gepflanzt. Für das Gelände besteht seit 2019 ein Patenschaftsvertrag mit der ORBEA bei der VHS Ludwigshafen.

Die ORBEA hat den Artenreichtum des Geländes und gemeinsam mit der Stadt die Pflegearbeiten hinsichtlich Vogel- und Insektenschutz verbessert. Hierzu gehört insbesondere die gemeinsame Festlegung der Mahdzeiten, Verbesserung der Bedingungen für Insekten durch Förderung von Blütenpflanzen, Anreicherung mit Strukturen wie Altholz und Steinschüttungen.

Dies gilt es im Rahmen der Entwicklung des Gebietes zu berücksichtigen.

Es gibt weitere städtische Flächen in der Gartenstadt, die sich für die Nutzung von Solarenergie eignen. Davon werden einige bereits genutzt.

Hochfeldschule:

Dachfläche wurde zur Nutzung von Solarenergie verpachtet, Pächter betreibt PV-Anlage der Größe 26 kWp (circa)

IGS Gartenstadt:

Dachfläche wurde zur Nutzung von Solarenergie verpachtet, Pächter betreibt PV-Anlage der Größe 97 kWp (circa)

Niederfeldschule:

Dachfläche wurde zur Nutzung von Solarenergie verpachtet, Pächter betreibt PV-Anlage der Größe 75 kWp (circa)

KTS Ernst-Reuter-Siedlung:

Die Errichtung einer PV-Anlage wurde im Zuge der PV-Potenzialanalyse von den TWL geprüft und als nicht ausreichend wirtschaftlich erachtet.

KTS Löwenzahn:

geplante Errichtung einer PV-Anlage mit einer vorgesehenen Anlagengröße von 14 kWp im Rahmen der KIPKI-Förderung (damit werden insg. 22 Schulen und Kitas sowie ein WBL-Gebäude mit PV-Anlagen ausgestattet).

LUZIE: Zunächst werden die im Rahmen des Förderprogramms KIPKI geplanten o.g. Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet. Im weiteren Verlauf wird bei der Potenzialanalyse weiterer städtischer Gebäude auch das LUZIE hinsichtlich der Installation bzw. Ergänzung von Solaranlagen auf Wirtschaftlichkeit und Statik überprüft werden.

4-02 in Abstimmung mit 4-15, 4-13, 4-12 und TWL: gez. Schlomka

